

Gewerkschaft NGG: Bund soll Prüfungsvorbereitung finanzieren

## Ausbildungsprämie im Gastgewerbe erst 4.200 Mal genutzt: „Branche droht verlorener Azubi-Jahrgang“

Hamburg, 2. März 2021

**Angesichts monatelanger Betriebsschließungen in der Gastronomie und Hotellerie warnt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) vor einem verschärften Nachwuchsmangel in der Branche – und fordert zusätzliche Mittel für die Prüfungsvorbereitung von Auszubildenden.**

Das vom Bund aufgelegte Förderprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ werde noch zu selten in Anspruch genommen, stellt die stellvertretende NGG-Vorsitzende Claudia Tiedge unter Verweis auf heute bekannt gewordene Zahlen der Bundesagentur für Arbeit fest. Danach wurden seit Einführung bundesweit lediglich knapp 40.000 Anträge auf Ausbildungsprämien oder -zuschüsse positiv entschieden – im besonders betroffenen Gastgewerbe waren es rund 4.200.

Die Gewerkschaft fordert die Unternehmen dazu auf, die Mittel stärker zu nutzen. Zugleich müsse das Programm ausgebaut werden. *„Viele angehende Hotelfachleute und Servicekräfte haben mehr als ein Drittel ihrer Ausbildung im Lockdown verbracht. Wegen fehlender Praxis im Betrieb und ausgefallenem Berufsschulunterricht wächst nun die Sorge vor den Abschlussprüfungen im Sommer. Häufig liegt die Ausbildung de facto seit einem Jahr brach“*, sagt Tiedge.

Die Politik müsse alles dafür tun, um zu verhindern, dass Azubis nach der Ausbildung pandemiebedingt mit leeren Händen dastünden. *„Die Bundesregierung muss jetzt die Finanzierung von Prüfungsvorbereitung in notleidenden Branchen übernehmen. Denkbar wären etwa Gutscheine für spezielle Kurse“*, so Tiedge. Ohne zusätzliche staatliche Hilfen drohe eine „Generation Corona“ – und ein verschärfter Fachkräftemangel nicht nur in Hotels und Gaststätten.

Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) plant ein Zehntel der ausbildungsberechtigten Betriebe, im Ausbildungsjahr 2021/2022 weniger oder gar keine Plätze mehr anzubieten. Im Gastgewerbe rechnen demnach 28 Prozent der Firmen mit einem reduzierten Ausbildungsangebot.